

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Einzelpreis 70 Heller.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion und Verwaltung: Drag II., Křižkova 15 • Telefon: 30793, 31409 • (Nachredaktion): 30797 • Postfach: 37544

11. Jahrgang.

Samstag, 14. November 1931

Nr. 265.

Fürsorgedebatte im Budget-ausmuß.

Exposee des Ministers Gen. Dr. Czech

Prag, 13. November. Heute früh wurden im Budgetausmuß die Kapitel soziale Fürsorge, Ernährung und Gesundheit in Anwesenheit der Ressortminister in Verhandlung gezogen.

Das Referat über das Fürsorgeministerium erstattete der tschechische Genosse Chaluza.

Er glaubt nicht, daß die ausgeworfenen Beträge einschließlich des 200 Millionenkredits für die Arbeitslosenunterstützung in dieser schweren Zeit ausreichen werden, und befaßt sich nach einem Ueberblick über die einzelnen Budgetposten in ausführlicher, sachkundiger Weise mit den großen Aufgaben des Ministeriums in dieser Krisenzeit, wobei er namentlich das Problem der Sozialversicherung und der Sanierung der Krankenkassen eingehend behandelt und seine Befriedigung über die Tätigkeit des Ministeriums in der Wohnbauförderung ausspricht.

Am Nachmittag hielt Fürsorgeminister Dr. Czech ein ausführliches, mehr als einstündiges Exposee über den Aufwandskreis und die Tätigkeit seines Ressorts. Einen ausführlichen Auszug aus diesem Redaktionsbericht über zwei Jahre angestrengter Tätigkeit im Dienste der sozial Schwachen und Schwächlichen werden wir in unserer morgigen Folge veröffentlichen.

Nach Dr. Czech sprach Gesundheitsminister Dr. Spina, worauf die Debatte eröffnet wurde, die voranschreitlich erst morgen gegen Abend ihren Abschluß finden wird.

Primer aus Bayern ausgewie'n

München, 13. November. Wie die „Münchener Zeitung“ meldet, ist Dr. Primer ausgewiesen worden. Er hatte bis Donnerstag 18 Uhr München und Bayern zu verlassen.

Ein Kommunist von einem Halentkrenzler ermordet.

Potsdam, 12. November. In Nowawes bei Potsdam ist der Kommunist Herbert Ritter bei einem Ueberfall auf Mitglieder der SPD erschossen worden. Der Täter, der Nationalsozialist Günther Dühran aus Nowawes, wurde im Laufe des Abends verhaftet.

Hindenburg empfindet 5 A.-Rente n'cht!

Berlin, 13. November. Auf die kürzlich ausgesprochene Bitte einiger SA-Leute, der Reichspräsident möge sie empfangen, hat, wie der „Angriff“ mitteilt, Staatssekretär Reichert folgende Antwort erteilt: Der Herr Reichspräsident hat mich beauftragt, Ihnen auf Ihre Telegramme mitzuteilen, daß er mit großem Bedauern die in der letzten Zeit vorgekommenen Mordtaten und Uebertretungen verfolgt und den Herrn Reichsminister des Innern ersucht hat, der Bekämpfung dieser sich in letzter Zeit häufenden Vorfälle seine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Von einem Empfang Ihrer Kameraden muß der Herr Reichspräsident im Hinblick auf seine derzeit besonders starke dienstliche Inanspruchnahme absehen. Er stellt Ihnen andern den Herrn Innenminister Ihre Material zu unterbreiten.

Die Sitzung der I. G. B.

Berlin, 13. November. Der Vorstand des I. G. B. (Internationaler Gewerkschaftsbund) lebendete heute mit einer Sitzung, die unter der Leitung des Vorsitzenden Citrine stattfand. Die Beratungen über die Weltwirtschaftskrise und ihre Bekämpfung. Der Vorstand sprach seine Zustimmung zu dem vom Direktor des Internationalen Arbeitsamts Thomas unterbreiteten Plan über die Vornahme großer internationaler öffentlicher Arbeiten aus und beschloß die Einberufung von Wirtschaft- und Finanzfachverständigen aus verschiedenen Ländern zur Beratung der in diesem Plan vorgesehenen Arbeiten. Darüber hinaus sollen die Sachverständigen auch zur internationalen Welt- und Kreditkrisis Stellung nehmen.

Grazer Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie.

Graz, 13. November. (Eigenbericht.) Heute nachmittag wurde im großen Saale der Arbeiter- und Angestelltenkammer der Parteitag der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie eröffnet. Es sind mehr als 400 Personen anwesend.

Seitgedachte in der Eröffnungssprache zunächst der Zeiten, da die österreichische Sozialdemokratie zuletzt ihren Parteitag in Graz abgehalten hat — im Jahre 1900. Damals stand Oesterreich-Ungarn vor einem der schwersten politischen Probleme, und Viktor Adler hat damals die prophetischen Worte gebraucht: „Wenn Oesterreich sich nicht demokratisiert und nicht die nationale Autonomie einführt, wird es nicht rühmlich sterben, sondern auf dem Scheindegang der Weltgeschichte verrecken.“ Diese Worte haben sich erfüllt. Seitgedenkt dann der Toten der Partei und der Internationale und erwähnt dabei besonders Dominik Löw, der auch in der Sozialdemokratie des alten Oesterreich eine Rolle gespielt hat.

Stamper (Berlin) begrüßt den Parteitag im Namen der reichsdeutschen Sozialdemokratie. Die Frage, ob ein staatsrechtlicher Anschluß möglich ist oder nicht, ändert nichts an der vorhandenen unzerstörbaren Schicksalsgemeinschaft der beiden deutschen Republiken. Ein Sieg des Faschismus in einer von ihnen würde für die andere die schwerste Belastungsprobe bedeuten. Darum hat die österreichische Arbeiterklasse für ganz Deutschland gekämpft. Darum kämpfen wir auch für Sie hier in Oesterreich, wenn wir in Deutschland alles tun, um den Faschismus von der Macht fernzuhalten. Die österreichische Sozialdemokratie hat in der Internationale den hohen geistigen Rang bewahrt, den sie seit Viktor Adlers Zeit innehat. Ihr Fortschritt ist für das ganze Proletariat von der größten Bedeutung.

Dr. Soukup überbringt die Grüße der tschechoslowakischen Sozialdemokratie.

Dr. Czech übermittelte in einem Telegramm die herzlichsten Wünsche, die er wegen der Budget-Verhandlungen über die Fürsorge nicht persönlich überbringen konnte.

Friedrich Adler spricht im Namen der Internationale, in deren Auftrag er über Beschluß des letzten Kongresses der österreichischen Arbeiterklasse eine Büste von Karl Marx überbringt, die vom Urenkel Margens, Jean Longuet, geschaffen ist. Er verweist dann auf die schwere Lage in Deutschland und erklärt: es gibt für die Arbeiterklasse keinen andern Weg zum Siege als Geschlossenheit in einer Partei. Adler gedenkt dann der Kämpfer in

den faschistischen und allen jenen Ländern, in denen die Freiheit vernichtet ist und keine Möglichkeit aktiven Wirkens mehr besteht, vor allem jener Kämpfer, die jetzt vor einem Gerichtshof Büßstrafe stehen. (Der Parteitag erhebt sich und bringt stürmische Hochrufe auf Liebermann aus.) Adler gibt der Uebersetzung Ausdruck, daß an die heutigen Schwierigkeiten, die vielfach mit einem Stillstand oder Rückschlag der Arbeiterklasse verbunden sind, Zeiten großen Fortschrittes anschließen werden.

Abg. Dr. Deutsch erstattet den Bericht der Parteivertretung und der parlamentarischen Fraktion. Die Organisation hat sich trotz der schweren Krise gut gehalten und nur wenige Prozent an Mitgliedern verloren. Zeit und Unerschütterlichkeit der große Block unserer Parteimitgliedschaft da. Vergebens rennen Hofentzweiher und Kommunisten gegen ihn an. Nirgendwo ist ihnen trotz ihrem großen Geschrei ein nennenswerter Einbruch in unsere Reihen gelungen. Im letzten Jahrzehnt ist die österreichische Sozialdemokratie zu einer Massenorganisation geworden, wie kaum in einem anderen Lande. Alle unsere Bestrebungen, das Proletariat vorwärts zu bringen, sind davon abhängig, ob es gelingt, den Ansturm des kulturfeindlichen Faschismus abzuwehren und unsere Partei zu einer Bastion der Demokratie in Mitteleuropa zu gestalten.

Nach der Debatte wird dem Parteivorstand die Entlastung erteilt und ein Antrag der Parteivertretung angenommen, der die Aufmerksamkeit der Vertrauensmänner auf die Bestrebungen lenkt, die Jugend der Arbeiterklasse der Partei zu entfremden, weshalb ein erhebliche Werbe- und Bildungsarbeit beschloffen wurde.

Morgen wird Otto Bauer über die wirtschaftliche und politische Lage referieren. Es liegt dazu auch eine Resolution des Referenten vor, in der unter anderem erklärt wird, daß die Wirtschaftskrise nicht anders überwunden werden kann als durch den Uebergang vom Privatkapitalismus zum Staatskapitalismus, der kapitalistischen Anarchie zur staatlichen Planwirtschaft. Der Faschismus ist nichts anderes als der Versuch der Kapitalisten und Aristokraten den Groß der durch die Krise verletzten Massen vom Kapitalismus abzulenkeln und in die kapitalistische Gesellschaft zu retten. Der Parteitag fordert die Arbeiterklasse auf, jedem neuen faschistischen Versuch die Gewalt der Arbeiterklasse entgegenzusetzen.

Der Krieg in der Mandchurei.

Tokio, 13. November. (Reuter.) Der Kriegsminister teilte der Regierung mit, daß die beiden Präden über den Konflikt bereits fertig seien und auch die dritte Brücke repariert sei. Die Japaner sind bereit, dieses Gebiet zu verlassen, wenn General Matschanjan dafür garantiert, daß die Präden unbeschädigt bleiben.

Den letzten Nachrichten aus der Mandchurei zufolge hat sich die Lage verschärft. Es bestehen Befürchtungen, daß der japanische Kommandant am Konflikt-Fluß zu einer sofortigen Aktion genötigt sein wird, um einem chinesischen Angriff vorzubeugen. Die Chinesen seien zahlenmäßig den Japanern überlegen.

Aus Tientsin wird berichtet, daß dort die ganze Nacht hindurch Gewehrfeuer zu hören war. Die Chinesen haben die neutrale Zone zwischen der Chinesenstadt und der japanischen Konzeption betreten.

Neue China-Note an den Völkerverbund.

Genf, 13. November. Die chinesische Regierung weist in einer neuen Note auf die Verschärfung der Lage in der Mandchurei hin und ersucht den Völkerverbund, neutrale Beobachter nach Kwantung, Tientsin und andere Orte zu entsenden, um sich ein objektives Bild über die japanischen Truppenbewegungen zu machen. Die chinesische Regierung erklärt sich bereit, solchen Beobachtern jede Erleichterung zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu gewähren.

Berichtsweise verlautet heute, daß Japan dem Gedanken einer neutralen Kommissi-

on nicht mehr so unnahelbar gegenüberstehe, wie vor einigen Wochen. Solche Vorschläge sind bisher stets an der ablehnenden Haltung Japans gescheitert. Es scheint nun, daß Japan unter Umständen geneigt sei, auf einen solchen Vorschlag des Rates einzugehen und sich damit einverstanden zu erklären, daß mit der Mission die Militärattachés in Tokio beauftragt würden. Es bleibt abzuwarten, ob diese Gerüchte sich bestätigen.

Angriff auf ein japanisches Konsulat.

Tokio, 13. November. (Reuter.) Die Zeitung „Nishi Nishi“ meldet, daß das japanische Konsulat in Tiflisart umzingelt und mit Gewalt geöffnet wurde. Der Konsul und das Konsulatspersonal wurden verhaftet. „Nishi Nishi“ meldet ferner, daß chinesische Kavallerie einen Angriff auf die japanischen Stellungen bei Tsin unternehmen hat. Diese Meldungen wurden aber bisher amtlich nicht bestätigt.

Japanische Truppen zum Angriff übergegangen.

Charbin, 13. November. Nach einer Mitteilung des chinesischen Generals Matschanjan, sind die japanischen Truppen gestern nachmittag zum Angriff übergegangen, ohne den Ablauf des japanischen Ultimatus abzuwarten. Erst die hereinbrechende Nacht beendete das Gescheh-

Agrarische Meute.

Das Blatt des Herrn Ministerpräsidenten und Organ der größten tschechischen Partei, jener Partei, welche sich als die festeste und verlässlichste Stütze der Republik ausgiebt, hat in dieser schweren Zeit einer katastrophalen Wirtschaftskrise, vor diesem Winter des Hungers und der Kälte, keine anderen Sorgen, als Tag für Tag ein Ritualied der Regierung, den Fürsorgeminister Dr. Czech in der pöbelhaftesten — unter gesitteten Menschen nicht üblichen — Weise anzugreifen. Dem Genossen Dr. Czech, der sich weit über die Kreise unserer Partei hinaus, in den bald zwei Jahren, da er die soziale Fürsorge dieses Landes betreut, den Ruf eines der fleißigsten und gewissenhaftesten Minister der Republik erworben hat, können die Angriffe des agrarischen Hauptorgans nicht schaden: je mehr er vor den Scharfmachern, Restitutionsbaronen und propägen Emporkömmlingen der Agrarpartei angegriffen werden wird, desto treuer werden die Arbeiter zu diesem Verfechter ihrer Interessen in der Regierung stehen. Je mehr uns unsere Klassenfeinde angreifen, so hat einst Pebel gesagt, desto mehr erkennen wir, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Je mehr die ganze agrarische Meute den sozialdemokratischen Minister anbellt, desto mehr Unterstützung wird Dr. Czech bei allen jenen finden, welche die kapitalistische Unordnung in die Hölle eines unerträglichem Daseins stoßen.

Wie groß die blinde Wut der Kuppel ist, denen der Herr Ministerpräsident die Leitung seines Organs anzuvertrauen beliebt, dafür gibt Beispiele.

Zunächst findet es der „Venkov“ unerhört, daß dem größten und dichtestbesiedelten Industriegebiet der Tschechoslowakei, nämlich Mähr.-Ostrau, eine außerordentliche Arbeitslosenhilfe von einer Million Kronen bewilligt worden ist. Das Blatt tut so, als ob der Minister für soziale Fürsorge da ein Verbrechen begangen hätte und hat die Unverfrorenheit, zu behaupten, das Geld werde zu Zwecken der Parteitagation verbraucht. Eine solche ordinäre Behauptung kann man nur mit einem Gefühl der Verachtung für den anonymen Verleumder zurückweisen. Der in Rede stehende Betrag ist vom Minister rat bewilligt worden, also mit Zustimmung der vier agrarischen Minister. Wenn die Herren Frondeure im „Venkov“ damit nicht einverstanden sind, mögen sie sich das in ihrer Partei ausmachen; der Fürsorgeminister ist nicht der Sündenbock dafür, daß der Flügel der Agrarpartei, dem der Chefredakteur des „Venkov“ angehört, mit den Ministern Udrhal und Bradas nicht zufrieden ist und daß einige Herren von den Agrariern sich lieber selbst auf den Ministerstühlen sehen würden als andere.

Ähnlich verhält es sich mit dem zweiten Wortwurf, den der „Venkov“ in seinem vorstehenden Leitartikel dem von ihm gebildeten Minister machte. Bei der Sanierung der Arbeitslosenklassen der Gewerkschaften seien die der deutschen sozialdemokratischen Partei nahestehenden Verbände stärker als andere berücksichtigt worden und sogar kommunistische Gewerkschaften hätten Geld bekommen. Zunächst sei festgestellt, daß wir es in der Tschechoslowakei mit der ganz unerhörten Tatsache zu tun haben, daß die Unternehmer zur Arbeitslosenunterstützung auch nicht einen Heller beitragen. In der Periode der guten Konjunktur haben die Arbeiter den Unternehmern Milliarden-gewinne eingebracht, in der Zeit der Krise leisten die Unternehmer für die Arbeiter — nichts! Nur die Gewerkschaften und der Staat tragen die Arbeitslosenunterstützung und die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren so viel ausgegahlt, daß ihre Arbeitslosenklassen leer sind und sie ihr Vermögen, das statutarisch den Kampfzwecken der Arbeiter dient, angreifen mußten. Wenn beispielweise die „Union der Textilarbeiter“, gegen die der

„Bank“ besonders ins Feld zieht, mehr als andere Organisationen bekommen hat, so liegt es eben daran, daß die Union die größte Textilarbeitergewerkschaft ist und die Krise in der Textilindustrie am argsten wütet. Bei der Verteilung der Gelder wurde der einzig mögliche und gerechte Schlüssel angewandt, nämlich die Zahl der unterstützten Fälle — das bezügliche Material steht dem Obersten Kontrollamt gewiß zur Verfügung. Auch die kommunistischen Gewerkschaften haben die auf sie nach diesem Schlüssel entfallenden Beträge erhalten, weil diese Verbände zur Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung nach dem Center System berechtigt sind. Sofern bei diesen Verbänden Angehörigkeiten vorgekommen sind — und wir haben selbst nachgewiesen, daß kommunistische Verbände nur die Staatsunterstützung ausgezahlt haben — hat das Ministerium für soziale Fürsorge Maßnahmen ergriffen, damit die Arbeitslosen die vollen Beträge, auf die sie statutarisch Anspruch haben, auch erhalten. Die Herren Agrarier täten viel

besser, ihre eigenen Genossenschaften daraufhin zu kontrollieren, ob die durch Unwetterkatastrophen geschädigten Landwirte die vom Staate gewährten Unterstützungen auch wirklich bekommen. Sie brauchen nur bei der landwirtschaftlichen Genossenschaft in Jitschin nachzufragen und werden da erfahren, daß den geschädigten Bauern von der Genossenschaft, welche mit der Auszahlung der Unterstützung beauftragt ist, jene Beträge, welche ihr die Bauern schuldig sind, einfach abgezogen werden. Die Unterstützungen bei Elementarkatastrophen sind also ein Mittel zur Sanierung der agrarischen Genossenschaften.

Zum Schluß sei noch einmal des Tones gedacht, den das agrarische Hauptorgan bei der Kampagne gegen den Genossen Dr. Czech anschlägt und der bisher in einer Raichenmeßlicher war als in einer großen Zeitung. Auf das Niveau der journalistischen Leibgarde des Herrn Ministerpräsidenten hinabzusteigen ist unter der Würde der deutschen sozialdemokratischen Presse.

Eisenbahnen und Post.

Genosse Grünzer für ein einheitliches Verkehrsministerium.

Donnerstag abends wurde im Budgetausschuß die Debatte über die beiden größten staatlichen Unternehmungen, Post und Eisenbahn, bereits zum Abschluß gebracht.

Genosse Grünzer

befahigte sich in der Debatte zunächst mit dem Defizit der Bahnen.

Alle ersten Volkswirtschaftler betwoge die Sorge, wie die Eisenbahnen zu heben und auf eine einwandfreie Grundlage zu stellen wären. Diese Sorge ist vornehmlich auch eine Sorge um die Existenz der Eisenbahnbediensteten und Beamten. Grünzer lehnt die gelegentlich auftauchenden Pläne wie Verpachtung der Bahnen, gemischtes System usw. ab. Wir können wohl bei dem heutigen System bleiben, doch wird eine

Konzentration des gesamten öffentlichen Verkehrswesens in einer Hand

notwendig sein; dabei wollen wir nicht einem direkten Verkehrsmonopol das Wort reden. In diese Konzentration wird man auch die Post einbeziehen müssen. Das ganze Verkehrswesen sollte man unter ein Verkehrsministerium stellen, dann könnte man den Tarifkrieg beseitigen. An Stelle eines Generaldirektors wäre unteren Bahnen auch ebenso gut mit einem Fachmann als Minister gebietet. Das wäre nur eine gegenseitige Ergänzung von Demokratie und Bürokratie. Allerdings müßte dann auch die Verwaltung reformiert werden, die zu kompliziert und zu schwerfällig ist, aber das geht nicht von heute auf morgen oder mit Gewalt, wie feinerzeit beim Personalabbau.

Ich weiß allerdings, erklärte Redner, daß der gegenwärtige Eisenbahnminister kein besonderer Freund dieser Konzentration ist und andere Anschauungen vertritt. Ich halte es aber für eine Schlußfolgerung, die das Ringen der Bahn nicht retten kann, wenn der Herr Minister glaubt, daß er durch Vergebung der Lieferungen an Klein-gewerbetreibende dem Unternehmen besonders nützt; im allgemeinen ist der größere Betrieb doch immer leistungsfähiger als ein Kleinbetrieb.

Genosse Grünzer kritisiert weiters scharf die ungewöhnliche Elektrifizierung der Prager Kursstrecken und lenkt die Aufmerksamkeit auf die gänzliche Unzulänglichkeit der Bahnhöfe in Aussig, Bodenbach und anderen Orten. Nur die Umstich des Personals bewirkt dort, daß nicht mehr Unglücksfälle vorkommen. Weiter wird immer wieder eingewendet, daß zu Neubauten kein Geld vorhanden sei.

Im den Verwaltungsausschuß der Bahnen muß man nicht gerade Volkswirtschaftler hineinrechnen — die sind in der letzten Zeit nicht gerade im Ansehen gestiegen —, aber nützlicher wäre die Dinzuziehung von Eisenbahnern. Praktische Eisenbahner könnten hier sehr viel zur Gesundung der Bahnen beitragen.

Redner legt weiter dar, wie ganz gut auch heute noch ein größerer Betrag für die Verbesserung der Bezüge der Eisenbahnarbeiter vorhanden sein könnte, wenn die für andere Ressorts geleisteten Dienste entsprechend honoriert würden.

Der Weihnachtbeitrag an die Staatsangestellten wird von agrarischer und gewerkschaftlicher Seite bekämpft. Dabei ist er doch nur ein Ersatz für die entfallene Remuneration, die oft in einer Weise verteilt wurde, daß Projektion dabei eine große Rolle spielte. Seit dem Jahre 1921 sind die Bezüge der Eisenbahner ohne dies um 500 bis 600 K monatlich gesunken;

es wäre ein schweres Unrecht, wenn man jetzt den Weihnachtbeitrag streichen wollte.

Wir appellieren darum an die genannten Parteien, von ihrer Forderung Abstand zu nehmen.

Ramens der deutschen Rundfunkorganisationen urteilt Genosse Grünzer dann noch die Verlängerung der deutschen Sendung auf eine Stunde täglich; diese Forderung sei sicher berechtigt.

Eisenbahnminister Misch

erklärte, es sei sehr schwer vorauszuzeigen, wie lange die Krise noch dauern werde und wie man ihre Folgen für die Eisenbahnen mildern oder beseitigen

solle. Was überhaupt möglich sei, um die Finanzwirtschaft des Unternehmens wieder ins Gleichgewicht zu bringen, das geschähe bereits. Die Sparmaßnahmen gehen oft so weit, daß sie berechnete Beschwerden der Betroffenen herbeiführen. Wenn die Bahnen ausschließlich vom Standpunkt des Privatunternehmers geführt werden könnten, dann wären sie sicher auch heute hoch aktiv. So aber sind sie aus öffentlichen und sozialen Rücksichten genötigt, Ermäßigungen zu gewähren, die allein 4 Milliarden ausmachen.

Im Gleichgewicht kann man den Betrieb entweder durch harte Sparmaßnahmen oder durch große staatliche Zuschüsse erhalten. Tarifserhöhungen sind nicht möglich, schon deshalb nicht, weil die Bahnen eine Konkurrenz haben; ein Abbau der Regiebegünstigungen würde auch scharfe Proteste zur Folge haben.

Die Feuerungsverhältnisse sind so, daß die Bezüge nicht herabgesetzt werden können.

Setzt man die Zahl des Personals herab, dann wehren sich die Gewerkschaften dagegen. Das Defizit der Bahnen werde heuer überdies nicht größer sein als im Vorjahr, obwohl die Einnahmen um weitere 250 bis 300 Millionen gesunken sind. Es wurde sehr gesparrt; an den Einkaufspreisen allein Tausende von Millionen. Bei den Lieferanten der

Ein Pressejubiläum.

Von Emil Arnberg.

Dieser Tage sind es 40 Jahre, daß die erste Nummer des „Nordb. Volksboten“ — Bodenbach, erschienen ist.

Man kann das Jubiläum eines Parteiorgans nicht begehen, ohne der Entwicklung der Parteipresse überhaupt und deren Bedeutung zu gedenken. Dabei wollen wir die Bemühnisse und Widerstände politischer, organisatorischer, ebenso wie jene finanzieller Art gar nicht erörtern, wollen nicht der hundertfältigen behördlichen Schikanen und oft genug gegengewidriger Unterdrückungsversuche gedenken, nicht der oft an den Haaren herbeigezogenen Preßprozesse und der Verfolgung und „Bestrafung“ jener Genossen, die in der Heroenzeit der sozialistischen Bewegung die sozialdemokratische Presse betreuten. Das alles waren ja nur Wirkungen, die der zielbewußte, organisierte Klassenkampf hervorrufen mußte und immer wieder hervorrufen muß als natürliche Reaktion der herrschenden Klasse, gegen die sich der proletarische Klassenkampf richtet. Das waren Episoden, die die erwachende Arbeiterklasse anfeuert, der Arbeiterbewegung neue Impulse geben, ihre Kampfkraft und ihren Kampfeswillen stärken, ihren Trost entzücken und sie zu der Parole führen: Nun erst rech!

Hier soll davon die Rede sein, wie die Entstehung und Entwicklung der sozialistischen Presse entscheidenden Einfluß nahm auf Inhalt, Gestaltung und Entwicklung der Presse überhaupt.

Wie war es denn um das Zeitungswesen in dieser Zeit bestellt, ehe es eine sozialistische Presse gab? Die Zeitungen jener Zeit waren für ihre Besitzer Quellen des Erwerbes. Ihr Inhalt war so zugeschnitten, wie er, um Leser anzulocken und Abonnenten zu gewinnen, sein mußte. Geistesrichtung, Kulturprobleme? überflüssige Dinge für die auf den Profit eingestellten Zeitungsherausgeber. Freilich gab es daneben auch anspruchsvolle Organe, die es sich zur Aufgabe stellten, eine öffentliche Meinung zu bilden, die die damaligen Zustände kritisierten und anklagten. Marx und Engels selber waren ja darauf angewiesen, ihre Auffassungen in solchen bürgerlichen Blättern zu veröffentlichen. Aber der Liberalismus selber, der in der Zeit der historischen Auseinandersetzung zwischen dem Feudalismus und dem aufstrebenden Bürgertum entstand, barg zu viele Gegenläufe in sich, als daß er an sich und erst recht durch seine Presse zu größerem und dauerndem Einfluß hätte gelangen können, und die Entwicklung des Kapitalismus mußte zwangsläufig die klassenmäßige Scheidung der im Liberalismus

Bahnen konnte man von größeren Gewinnen nicht mehr reden.

In Personalfragen wolle er keineswegs autoritär auftreten, da die Zufriedenheit des Personals die Grundlage der Prosperität des Unternehmens sei. Ueber die Konkurrenz, die den Bahnen durch den

Autobusbesuche

erwächst, erklärte der Minister, daß man auch in der Verkehrspolitik dem privaten Unternehmertum Gelegenheiten geben müsse, sich zur Geltung zu bringen. Die Bahnen wollen keine Monopolstellung im Verkehr, da eine gesunde private Konkurrenz sowohl ihnen wie dem Publikum nützlich werde. Wegen Konzentrierung des Verkehrs wolle man in ein einheitliches Ressort: sind Verhandlungen mit dem Postministerium im Zuge. Misch suchte weiter darzutun, daß die Bahnen auch heute eifrig bemüht seien, den modernen Anforderungen zu entsprechen. Die Investitionen seien keineswegs eingestellt; sie entsprechen auch im nächsten Jahre dem notwendigen Bedarf. Daß bei Sicherungsabergangen auch nationale Momente eine Rolle spielen, stellt der Minister entschieden in Abrede.

Postminister Dr. Franke

polemisierte zunächst gegen die Rede des tschechischen Genossen Seidl, der über die Politisierung des Personals und über die Agitation des nationalsozialistischen Postlerverbandes scharfe Beschwerden geführt hatte. Der Postlerverband sei angeblich eine „unpolitische“ Fachorganisation. Franke werde keine unwürdige politische Agitation unter den Postkern dulden, schon gar nicht in den Amtsstunden. Weiters verteidigt er sehr entschieden das zweimonatige (!) Abonnement eines bestimmten Beamten innerhalb eines Jahres.

Die Verantwortlichkeit für die schleppende Erledigung des Falles des Postdirektors Sinek aus Marienbad schreibt er der Staatsanwaltschaft zu, die den Fall schon viele Monate bearbeitet. Angeblich seien für Sinek, der Nationalsozialist ist, mehrere Parteien eingetreten, tschechische wie deutsche, und auch verschiedene bedeutende Korporationen. Heute trete er einmal aus der Reihe heraus, die er in diesem Fall bisher beobachtet habe. An die Aufhebung der Postdirektion in Troppau werde nicht gedacht.

In Beantwortung der Beschwerden des Genossen Grünzer über den deutschen Rundfunk hält der Minister eine tägliche deutsche Sendzeit von 35, bzw. 45 Minuten anscheinend für völlig ausreichend.

Bezüglich der Vereinheitlichung des Autobusverkehrs werden Verhandlungen mit dem Eisenbahnministerium geführt; die Verhandlungen seien aber mit Rücksicht auf die Kompliziertheit des Problems bezüglich der Angestellten, der Organisation usw. so schwierig, daß man wohl erst in einer ruhigeren Zeit zu einer Lösung kommen werde.

vereinigten Elemente herbeiführen, und das war auch das Ende des ideologischen Liberalismus.

Die Presse entartete immer mehr. War sie vorher fast ausschließlich nur ein Objekt des Erwerbes, so wurde sie mehr und mehr ein Herd der Korruption, der Bestechlichkeit, der Verwilderung und Inwievid nach oben, der Verschwendung und geschäftig feig gegenüber jeder freien Regung und jeder Neuerung; Inseratenplattage, nur eingestrichelt auf Gelderwerb für die Besitzer, wurde sie zum Organ der Erpressung, so daß Ferdinand Lassalle mit Recht von der Presse sagen konnte:

Unser Hauptfeind, der Hauptfeind aller gesunden Entwicklung des deutschen Geistes und des deutschen Volkstums, das ist heutzutage die Presse! Die Presse ist in dem Entwicklungsstadium, auf welchem sie angelangt ist, der gefährlichste, der wahre Feind des Volkes, ein um so gefährlicherer, als er verkappt auftritt. Ihre Lügenhaftigkeit, ihre Verlogenheit, ihre Unsitlichkeit werden von nichts anderem überboten, als die Leichtgläubigkeit von ihrer Unwissenheit.

So beschaffen war die Presse, ehe es eine sozialistische Presse gab.

Die junge sozialistische Bewegung, in ihren Anfängen alles eher denn eine Bewegung der Arbeiter, brauchte aber Publikationsorgane. Zwar konnten Marx und Engels, Lassalle und andere dann und wann ihre Aufsätze in liberalen Blättern erscheinen lassen, aber wie lange? Und als aus der Keimzelle der sozialistischen Bewegung eine wirkliche Arbeiterbewegung und allmählich eine Massenbewegung wurde, mußte sie auch eine eigene Presse haben.

Jede sozialistische Blattgründung unterteilt sich schon in ihren Grundzügen von solchen des Bürgertums. Nicht eingestellt auf den Erwerb, sondern auf die Propaganda für eine Idee, in den Dienst der Wahrheit und der Kritik fand sie nur Leser bei den Anhängern dieser Idee. Deren aber wurden immer mehr, die sozialistische Presse fand immer weitere Verbreitung, sie wurde zum Erwecker und Führer des Proletariats, zum Räuder und Verbreiter einer neuen Geistesrichtung und leitete im Verein mit der sozialistischen Bewegung eine neue Kultur- und Gesellschaftsepöche ein. Die Klassenkämpfe verschärften sich, das Bürgertum fühlte sich unruhig und war gezwungen, dem neuen Werden den organisierten Widerstand entgegenzustellen. Es wußte, daß der proletarische Klassenkampf im Erfolg abhängig ist von der ideologischen Einstellung der Massen, daß ohne Klassenbewußtsein kein Klassenkampf möglich ist, und war früber die bürgerliche Zeitung für den Besitzer eine Quelle des Erwerbes, so wurde sie nunmehr ein Werkzeug zur

ideologischen Beeinflussung der Massen. Zu verhindern, daß der Arbeiter zum Klassenbewußtsein erwacht, ihn von der Ideewelt des Sozialismus fernzuhalten, wurde ihr Zweck. In der Wahl der Mittel nicht empfindlich, wurde Lüge und Verleumdung das Leitmotiv der bürgerlichen Presse. Große Kongresse entstanden, Riesensummen brachten die Geldmagnaten auf, um durch wahre Sturmfluten bürgerlicher Preßzeugnisse die öffentliche Meinung zu vergiften. Alles, was sich gegen den Sozialismus richtete, fand in den Spalten der bürgerlichen Presse Unterschlupf. Die Regierungen der bürgerlichen Klassenstaaten kauften Zeitungen, subventionierten sie und ließen sie zu Schmeuderpreisen auf die Leser los. Von Parteien und vermögenden Privaten gefördert, erschienen scheinbar farblose, „neutrale“ Neugleichblätter, billig, mit Illustrationen, ohne politischen Inhalt, aber darauf berechnet, die Hirne der arbeitenden Menschen zu verflüchten, zu denken und handeln abzulenken von dem historischen, politischen und ökonomischen Geschehen, und vor allem vom Sozialismus. Die bürgerliche Presse, vordem nur Quelle des Profits für ihre Eigentümer, wurde damit zum Sachwalter der kapitalistischen Klasse, zur Waffe des kapitalistischen Klassenkampfes, und dadurch, daß sie diesen ihren eigentlichen Charakter geschickt zu verbergen weiß, zu einem gefährlichen Feind der arbeitenden Menschen. Denn dadurch, daß es viele, allzu viele Arbeiter gibt, die zum Leserkreis der bürgerlichen Presse zählen, bewahrt sich die alte Erfahrung immer wieder, daß der größte Feind der Arbeiterklasse in den Reihen der Arbeiter selber zu suchen ist.

In der Zeit dieser Entwicklung der bürgerlichen Presse, die ja noch immer nicht abgeschlossen ist, stand ihr als einziger Gegner die Arbeiterpresse gegenüber. Es war wahrhaftig ein Kampf gegen eine hundertfache Uebermacht. Wenn sie aber trotzdem diesem Gegner nicht erliegen ist, sondern sich zwar langsam, aber unaufhaltsam emporgearbeitet und Einfluß gewonnen hat, so freuen wir uns dessen als eines Zeichens der tiefen Ueberzeugungstreue weiter Schichten des Proletariats. Der „Nordb. Volksbote“, der heute seinen 40. Geburtstag feiert, darf wohl in aller Bescheidenheit ein klein wenig des Verdienstes auch für sich in Anspruch nehmen, an dieser Entwicklung, an diesen Kämpfen, an diesen Erfolgen Anteil zu haben.

Industriellenfelder für die Hitlerpartei.

Dresden, 13. November. (Eig. Drahtb.)

Dem sozialdemokratischen Organ in der Lausitz ist ein Bericht über eine vertrauliche Konferenz von Nazisüßern in dem Orte Neu-Borsdorf in die Finger gefallen. Er bestätigt vor allem, daß die Nazis aus industriellen Geldquellen gespeist werden. Allerdings scheint das Geld nicht reichlich genug zu fließen um alle Ausgaben decken zu können; denn der Grundton aller Ausführungen in der Sitzung war immer wieder der Schrei: Schafft Geld, ganz gleich wie.

Auerkauf wurde nach dem Bericht, daß die Großindustrie für jeden beschäftigten Arbeiter einen Pauschalbetrag abführt und die Kohlenindustrie für jede geförderte Tonne Kohle einen bestimmten Betrag in die Kasse fließen lassen. Das alles sei aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Festgestellt wurde ferner, daß die Referenzen: engländer bei der Nazi-partei höher seien als bei anderen Parteien, daß die Gehälter der Nazisüßern in der Zeit der größten Volksnot von Monat zu Monat steigen und daß Braune Häuser und SA-Rossern unheimliche Summen verschlingen.

Mährisch-schlesischer Landesausschuß. In der heute abgehaltenen Sitzung des mährisch-schlesischen Landesausschusses wurde beschlossen, eine Anleihe in der Höhe von fünf Millionen Kronen zur Deckung von Investitionsforderungen aufzunehmen. Beschlossen wurden weiter die Richtlinien für den Vorkang bei der Durchberatung der Bezirks- und Gemeindevoranschläge für das Jahr 1932, deren Hauptzweck die Stabilität der Voranschläge sein soll. Der Landesausschuß genehmigte ferner eine Reihe von Anleihen der Bezirke und Gemeinden und verhandelte und genehmigte auch die ersten Gemeindevoranschläge. Außer der Dotation für Bezirksstuhlbauten wurden mehrere Bezirksbeiträge bewilligt, ebenso wurde die Zustimmung zu Meliorationsbauten gegeben.

Einfluß der Volkzählungsergebnisse auf die Gemeindevoranschläge. Das tschechische Staatsamt hat eben Nr. 20-22 der tschechischen Ausgabe der „Kaiserlichen Mitteilungen“ herausgegeben, die ein Verzeichnis einer Reihe von Gemeinden enthält, in welchen die bei der Volkszählung vom Jahre 1930 ermittelte Veränderung der Einwohnerzahl Einfluß auf die Zahl der Mitglieder der Gemeindevorsetzung nach § 9 der Gemeindevorordnung hat, andererseits derjenigen Gemeinden, in welchen sich auf Grund der Volkszählungsergebnisse die in § 19 dieser Vorordnung vorgeschriebene Art der Wahl ändert. Im ersten Falle handelt es sich um 2009, im zweiten um 535 Gemeinden. Die „Mitteilungen“ sind für 2 K durch jede Buchhandlung von der Firma Turzil & Rohout in Prag II zu beziehen.

Die Skoda-Gelder für die Hitler-Leute.

Ein wertloses Dementi. — Jetzt erst recht Forderung nach Untersuchung!

Das Tschechoslowakische Pressbüro gab Donnerstag nachts folgende Meldung aus:

Prag, 12. November. Die „Ceskoslovenska Republika“ vom 13. November veröffentlicht folgende Mitteilung:

Einige Blätter brachten gestern eine Pariser Meldung des Inhaltes, daß der französische sozialistische Abgeordnete Faure behauptet habe, die Skodawerke, an denen Schneider-Creuzot hervorragend beteiligt sind, unterstützen heute die Hitleranhänger durch große Geldspenden. Wir informierten uns über die Richtigkeit dieser Behauptung an den berufenen Stellen, wo uns erwidert wurde, daß dies eine Absurdität sei, die nur mitleidiges Lächeln hervorrufe. Diese unsinnigen Gerüchte wurden zuerst in dem Buche „Das Geld in der Politik“ laut, das Richard Lewinson im Fischer-Verlag herausgab, und in dem er auf Seite 149 bei der Aufzählung aller derjenigen, die die Hitleraktion unterstützen, u. a. sagt: „Aber auch in der Tschechoslowakei beteiligen sich die Industriellen von Dušnik (?), Artaban (?), und sogar die Direktoren der größten Waffenfabrik, der von Frankreich kontrollierten Skodawerke, an den Geldsammlungen für die Hitlerleute.“ Schon aus dem Umstande ist die Absurdität der Behauptung ersichtlich, weil es solche Ortsnamen in der Tschechoslowakei überhaupt nicht gibt. Auch ist es nicht wahr, daß die Direktoren der Skodawerke in irgendeiner Weise die Hitleraktion finanziell gefördert haben. Die Skodawerke haben diese unsinnige Erfindung sogleich nach Veröffentlichung dieser Publikation in Wien kategorisch dementiert.

Zu diesem Dementi ist folgendes zu sagen: Erstens kommt dem Tschechoslowakischen Pressbüro selber keineswegs jene Autorität zu, die, auf Grund welcher „Informationen“ immer, mit einem Dementi die Angelegenheit als bereinigt könnte erscheinen lassen; zweitens aber sind die nach Ansicht dieses Büros — „berufenen Stellen“ ein Schwammwort — wer sind denn diese berufenen Stellen? Berufen ist da nur die Regierung und die betreffenden Minister! Und drittens hat Paul Faure sich weder auf das oben genannte Buch berufen, noch hat er behauptet, daß die Direktoren der Skodawerke an den Geldsammlungen für die Hitlerleute sich beteiligen; Faure sprach vielmehr von den Skodawerken als schlechthin. Und, wie wir gestern schon sagten, ist es doch nirgends bewiesen, daß Faure nicht über andere Nachweise verfügen könnte, die von den „Absurditäten“ eines fälschlich oder irrtümlich genannten, nicht existierenden Ortsnamen sehr unabhängig sein können.

Kurzum: für uns ist etwas noch lange nicht unsinnig, weil es — über das wir schon öfters mit Grund mitleidig lächelten — vom Korrespondenzbüro in der Prager Stefansgasse, so hingestellt wird. Wir verlangen deshalb noch nachdrücklicher hochoffizielle Untersuchung, die von Regierung wegen sofort eingeleitet werden müßte. Unsere hohen Behörden schreiten gegen jeden Mann oder jedes Weib aus dem Volke wegen jeder unüberlegten und harmlosen Rede, die nicht in das Konzept der ultraliberalen Staatspolitik paßt — aber ein Herr Generaldirektor Löwenstein ist natürlich faktosankt. Der braucht nur die Dementiersprüche in die Hand zu nehmen.

Rein — auf solche Weise wird man umso hartnäckiger an die Skodagelder für Hitlers glauben und davon sprechen. Deshalb es eben notwendig ist, die Angelegenheit von höchster Stelle aus rasch und gründlich und vertrauenswürdig zu untersuchen!

Unser neuer Roman

Wir beginnen morgen mit dem Abdruck eines Schul- und Schulferrromans aus dem Manuskript. Es handelt sich um ein Erzählwerk; der Autor, A. Altschul, ist unserer Lesern aus kleineren Arbeiten bekannt, die wir gelegentlich veröffentlichten.

Dr. Tolpe's Raube

Ist ein Roman, den unsere Jungen und unsere Alten mit Interesse lesen werden und lesen sollen. Hier geht's im Grunde um Probleme, die uns alle angehen und die, wenn sie auch der Verfasser gut künstlerisch ohne jede Tendenz behandelt, nur von der psychologischen, pädagogischen und sozialen Seite her, in diesem Roman dennoch deutlich und überzeugend nach der fortschrittlichen Seite in Angriff genommen wird. In Inhalt und Form wirkt diese Erzählung erfolgreich durch ihre Schlichtheit und Klarheit, durch das christliche Ringen nach dem Wahren, dem Guten und dem Schönen. Wir sind überzeugt, daß dieses Buch bei unseren Lesern Aufmerksamkeit und Gefallen finden wird.

Die Wittowitzer Eisenwerke drohen mit weiteren Entlassungen.

Raum ist es durch das energische Einschreiten des Metallarbeiterverbandes gelungen, die von den Pilsener Skodawerken geplante Entlassung von 1500 Arbeitern zu verhindern, droht der zweite Mammuthbetrieb der Schwerindustrie, nämlich die Wittowitzer Eisenwerke mit einschneidenden Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft. Die Direktion der Eisenwerke teilte dem Betriebsausschusse mit, daß ab 16. ds. die gesamte Produktion der Blechwerke und der Appretur im Walzwerk auf mindestens 14 Tage eingestellt wird. Ferner soll im neuen Walzwerk ein Hochofen stillgelegt werden, so daß von sechs Oefen nur mehr drei im Betriebe bleiben. Mit diesen angedrohten Maßnahmen werden wieder 800 Arbeiter überflüssig und es werden daher ab 16. ds. weitere

1300 Arbeiter auf unbestimmte Zeit beurlaubt.

Die Direktion versucht ihr Vorgehen damit zu entschuldigen, daß sie unter volutarischen Schwierigkeiten zu leiden habe und daß das Werk nicht mehr weitere russische Aufträge erledigen könne, nachdem die staatliche Exportgarantie ungenügend sei.

Keinlich wie gegen die Arbeiterschaft geht das Werk auch gegen die Beamtenenschaft vor. Allen Beamten wurden Reverse vorgelegt, in welchen sie befähigen sollen, daß sie mit einem Gehaltsabbau von 4 bis 6 Prozent einverstanden sind.

Das Vorgehen der Firma ist in der gegenwärtigen Zeit unverantwortlich und es muß ihr auf das schärfste entgegengetreten werden. Die Arbeiter- und Beamtenenschaft kann wirklich nichts dafür, daß die Herren Rothschild und Konsorten an der Kreditanstalt ein paar hundert Millionen Kronen verloren haben und sie verbitten es sich vor allem auf das energischste, zu irgendwelchen Manövern der Firma mit-

braucht zu werden. Es ist ganz offensichtlich und die Herren bemühen sich gar nicht, es zu verbergen, daß mit den brutalen Maßnahmen ein Druck auf den Staat ausgeübt werden soll, um die russischen Exportkredite zu erweitern. Es waren gerade die Vertreter der Arbeiterschaft, welche die Forderung nach Einführung der Exportkredite gegen die Partei der Industrie, nämlich die Nationaldemokraten, auf das eifrigste verteidigt und schließlich durchgesetzt haben. Herr Sonnenschein möge sich nun zu seinen Freunden Hodas wenden, damit dieser für eine Erweiterung der Kredite sorgt, er kämpfe aber nicht seinen Kampf auf dem Rücken der Arbeiter und Beamten aus. Das muß den Herren ganz deutlich gesagt werden, da es unerträglich ist, wenn in der heutigen schweren Zeit die Herrschaften die Arbeiterschaft ganz unnötig provozieren.

Weiter muß aber gerade an diesem Beispiel dargelegt werden,

wie unerträglich die sofortige Durchführung der vom Ministerium für soziale Fürsorge vorgeschlagenen Verkürzung der Arbeitszeit ist.

Es ist sicher, daß in den nächsten Wochen bereits 3000 Arbeiter aus den Wittowitzer Eisenwerken entlassen würden, wenn die gegenwärtige Arbeitszeit nicht verkürzt wird. Die Direktion erklärt ganz offen, daß auch nach Ueberwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten Arbeit nur für etwa 13.000 Arbeiter bei achtstündiger Arbeitszeit vorhanden sei. Es droht also — und das nicht nur in Wittowitz — die Gefahr von Massenentlassungen, der nur durch rasche Verkürzung der Arbeitszeit vorgebeugt werden kann. Dessen sollen sich die Befehlshaber bewußt sein und nicht durch überflüssiges Hin- und Herziehen des vom Ministerium vorgelegten Gesetzentwurfes eine katastrophale Situation herbeiführen.

Groener über die Abrüstungskonferenz.

Berlin, 13. November. Das Wolffbüro verlautbart: In einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter der „Chicago Tribuna“ erklärte Reichsminister Groener u. a., Deutschland habe das Recht auf die gleiche Sicherheit und die gleichen Methoden in der Abrüstung. Im Jahre 1930 sei ihm ausdrücklich zugesichert worden, daß die anderen Staaten Deutschland auf dem Wege folgen würden, auf dem Deutschland durch seine sofortige Abrüstung voranging. Deutschlands Ziel auf der Abrüstungskonferenz müsse es daher sein, seine nationale Sicherheit dadurch zu erlangen, daß die anderen Staaten nach den selben Methoden abrüsten, wie sie seinerzeit Deutschland auferlegt hatten. Der Minister begründete dann im einzelnen die Ungerechtigkeiten des Konventionseutwurfs der vorbereitenden Abrüstungskonferenz und beantwortete schließlich die Frage, ob Deutschland eine größere Armeeforderung werde, wenn sich die schwergerüsteten Länder weigern sollten, die Stärke ihrer Armeen erheblich herunterzusetzen, folgendermaßen: „Diese Frage würde voraussetzen, daß die Abrüstungskonferenz scheitert. Was Deutschland in einem solchen Falle tun würde, kann ich nicht sagen. Meine Meinung ist es, daß alle Völker der Welt die größten Anstrengungen machen sollten, daß die Abrüstungskonferenz nicht scheitert, sondern, daß sie zu einem positiven Erfolg führt, der die Welt von der Last der Rüstungen und der ewigen Kriegsdrohung befreit.“

Hoover für die Herabsetzung des Marinebudgets.

Washington, 13. November. (Reuter.) Präsident Hoover hält an seiner Absicht fest, dem Kongreß einen Vorschlag zu unterbreiten, die Ausgaben für die Kriegsmarine entgegen dem ursprünglichen Projekt um 59 Millionen auf 343 Millionen Dollar zu kürzen.

Revolution in Ecuador.

New York, 13. November. Associated Press meldet aus Guayaquil (Ecuador): Revolutionäre unter Führung von Clotario Paz haben sich der Städte Santa Rosa und Palasoyaruma in der Provinz Oro bemächtigt. Der Kriegsminister gibt bekannt, daß Oberst Alba, der vor der Oktober-Revolution Ministerpräsident mit den Machbefugnissen eines Präsidenten war, sich als Diktator ausrufen lasse. Truppen sind an Ort und Stelle abgegangen.

Guayaquil, 13. November. Der Kongreß hat den Präsidenten Moreno mit besonderen Vollmachten zur Bekämpfung der gestern ausgebrochenen Revolution ausgestattet.

Die handelspolitischen Verhandlungen mit Ungarn

gestern wieder aufgenommen.

Prag, 13. November. Nach einem Ueber-einkommen wurden heute die handelspolitischen Verhandlungen zwischen der Tschechoslowakischen Republik und Ungarn wieder aufgenommen. Die Delegationen beider Regierungen haben in ihrer

ersten Sitzung das Arbeitsprogramm festgelegt und gingen zur meritorischen Durchberatung der Fragen über, welche noch in den früheren Verhandlungen unerledigt blieben. Es gelang zwar schon früher den Anfang dieser Fragen wesentlich einzuzengen; es befinden sich darunter aber einzelne, welche einer gründlichen Aufklärung bedürfen. Beide Parteien sind von dem aufrichtigen Willen durchdrungen, auch in diesen Fragen ein volles Einvernehmen zu erzielen. In den Verhandlungen wird morgen fortgefahren werden.

Ungarische Parlamentsrede für die Habsburger-Restauration.

Budapest, 13. November. In der heutigen Sitzung gedachte zu Beginn der Debatte Abg. Janosfi (Regierungspartei) der ersten Jahreswende der Inkarnation des Trianoner Vertrages, der ein Werk menschlicher Bosheit gewesen sei. Er sprach den Dank der ungarischen Nation für die freundschaftlichen Rundgebungen dem italienischen Ministerpräsidenten Mussolini, Macdonald und dem Senator Vorah aus. In der weiteren Debatte sprach Abgeordneter Heller (Regierungspartei) zu den Berichten des 33. Landesausschusses und des Finanzministers des Völkerverbundes und erklärte, daß das ungarische Kreditproblem durch entsprechende Konventionen baldigst geregelt werden müsse. Markgraf Palavicini trat in seiner Rede für die Restauration der Habsburger ein, da die Großmächte dieser Bewegung in Ungarn sympathisch gegenüberstehen und die Nervosität der kleinen Staaten beweise, daß das Vorgehen Ungarns in der Königsfrage richtig sei. Die Freundschaft zu Italien habe nicht nur politischen, sondern auch wirtschaftlichen Nutzen gebracht. Wenn sich Ungarn heute nach Frankreich orientiere, so müsse den französischen Politikern klargemacht werden, daß Ungarn auch heute noch ein wichtiger Faktor im Donaubecken sei, der bei allen wirtschaftlichen Kombinationen Beachtung finden müsse.

Der Prozeß gegen Alfons XIII.

Madrid, 13. November. Am Schlusse der gestrigen Kammer Sitzung wurde die Anklageschrift gegen den gewesenen König Alfons XIII. verlesen, die vom Kammerausschuß zur Prüfung der Verantwortlichkeit für das gewesene Regime ausgearbeitet worden ist. Der Prozeß mit dem gewesenen König Alfons XIII. wird vor der Nationalversammlung, die die Kompetenz des Obersten Gerichts haben wird, verhandelt werden. Der Untersuchungsausschuß wird die Rolle des öffentlichen Anklägers spielen. Alfons XIII. wird wegen Hochverrats, wegen Vorbereitung und Durchführung des Staatsumsturzes und wegen Verantwortlichkeit für die Diktatur, die in Spanien volle sieben Jahre dauerte und das spanische Volk aller Freiheiten und der Grundrechte, die vom König respektiert werden mußten, beraubte, verurteilt werden. Alfons werden alle Rechte, Titel und Würden entzogen werden, deren er sowohl in Spanien als auch außerhalb dieses Landes verlustig wird. Die Todesstrafe wird jedoch nicht über ihn verhängt werden. Er wird nur lebenslänglich des Landes verwiesen sein.

Abgebligte Galenkrenzer.

Eine Klage des nationalsozialistischen „Volksport“ gegen unseren verantwortlichen Redakteur abgewiesen.

Prag, 13. November. Im Mai dieses Jahres haben wir in unserem Blatte Bilder der öffentlichen, welche die politische Tätigkeit der Galenkrenzer skizzierten und in welchen Galenkrenzerische Jünglinge bei ihrer üblichen Tätigkeit, nämlich der Niederknüppelung Anderdenkender dargestellt waren. Durch diese Abbildungen fühlte sich die Ortsgruppe Tepliz-Schönan des Verbandes „Volksport“ und ein gewisser Herr Gilbert Lorenz in Tepliz in ihrer Ehre verletzt und überreichten durch den Teplizer Advokaten Dr. Dollhoff gegen unseren verantwortlichen Redakteur, Genossen Dr. Strauß, beim Straftribunal in Prag die Ehrenbeleidigungsklage.

Gegen diese Klage hat der Verteidiger des Genossen Dr. Strauß, Genosse Dr. Schwell den Einspruch an das Obergericht in Prag überreicht.

Gestern ist die Entscheidung des Obergerichtes herabgelangt. Mit dieser wird die Klage der Ortsgruppe Tepliz-Schönan und des Herrn Gilbert Lorenz überhaupt nicht zugelassen, das Strafverfahren wird eingestellt und die Kläger werden zum Ersatz der gesamten Vertretungskosten verurteilt.

Das Obergericht erklärt, daß weder Herr Gilbert Lorenz noch die Ortsgruppe Tepliz-Schönan des Verbandes Volksport berechtigt seien, die Klage zu überreichen. Die Beziehung der Kläger zu dem Blatte sei viel zu allgemein und entbehre der sachlichen Grundlage.

Diese Entscheidung des Obergerichtes ist endgültig und der Prozeß somit vollkommen zu Ungunsten der Kläger entschieden.

Betriebsauswahlen in der N. W. und A. in Reudel.

Mittwoch, den 11. November, fanden im Betriebe der Reudeler Wollkammerei und Rammgarnspinnerei die Wahlen in den Betriebsauswahlschuß statt, die folgendes Resultat brachten (in Klammer die Ziffern vom vorigen Jahre):

	Stim-men	Man-nen	Stim-men	Man-nen
Union der Textilarbeiter	1895	12	(1839)	13
Kommunisten	292	2	(264)	2
Nationalsozialisten	275	2	(152)	1
Christliche	116	0	(139)	0

Wahlberechtigt waren 2723 Personen, 139 mehr als im Vorjahre, wovon sich 2612 an der Wahl beteiligten. 34 Stimmen waren ungültig.

Die „Union der Textilarbeiter“ kann mit diesem Ergebnis zufrieden sein. Das eine Mandat, das sie an die Galenkrenzer verlor, konnten diese nur zufolge des größeren Stimmenrestes erhalten.

Arbeitslosigkeit bei den Buchdruckern

Wie wir dem „Gutenberg“, dem Organ der Buchdrucker entnehmen, ist in der letzten Zeit die Arbeitslosigkeit dieser Schicht von Arbeitern bedeutend gestiegen. Im Jänner 1930 gab es in der ganzen Republik 471 arbeitslose Buchdrucker, deren Zahl im Jänner 1931 auf 989 und im September dieses Jahres auf 1465 gestiegen ist. Die Zahl der arbeitslosen Buchdrucker hat sich also vom Jänner 1930 bis September 1931 verdreifacht. Am schlimmsten haben sich die Verhältnisse in Böhmen entwickelt, wo sich die Zahl der Arbeitslosen von 234 im Jänner 1932 auf 921 zu Ende September des heurigen Jahres erhöhte, also verdreifachte. Die Zahl der arbeitslosen Buchdrucker in Mähren beträgt 276, in Schlesien 26, in der Slowakei 242.

Eine Arbeitslosenunterstützung bei der Union der Bergarbeiter.

Vom 1. Jänner bis 30. September 1931 über 1,6 Millionen Kronen ausgezahlt.

Nach Mitteilung des „Glückauf“ hat die Union der Bergarbeiter für die Zeit vom 1. Jänner bis 30. September 1931 ausgezahlt: an ordentlicher Arbeitslosenunterstützung 1 Million 360.783,90 K. an außerordentlicher 289.764,60, zusammen 1.650.548,50. Im vorigen Jahre hat die Union dagegen nur 931.182 Kronen ausgezahlt. Es ist heuer damit zu rechnen, daß die Summe der von der Union ausgezahlten Arbeitslosenunterstützungen mit Ende des Jahres 1932 ungefähr 2 Millionen Kronen betragen wird, also das Doppelte dessen, was im Vorjahre ausgezahlt worden war. Wie sich das beim einzelnen Mitglieder der Gewerkschaft auswirkt, sei im folgenden gezeigt: die arbeitslosen Mitglieder erhielten im Durchschnitt durch 39 Wochen in der ersten Klasse 3518 Kronen, in der zweiten Klasse 2576 Kronen, in der dritten Klasse 2001 Kronen.

Volksbegehren über die Auflösung des sächsischen Landtages.

Dresden, 13. November. Die kommunistische Partei hat mehr als tausend Unterschriften von Stimmberechtigten für ihren Antrag auf Auflösung eines Volksbegehrens über die Auflösung des Landtages beigebracht. Damit hat sie die gesetzlichen Voraussetzungen für die Auflösung des Volksbegehrens erfüllt, so daß dem Antrage stattgegeben worden ist.

Tagesneuigkeiten

Berichtungen im Neu-rer Kranken aus.

Zwei Todesopfer durch Verwechslung der Arzneien.

Neutra, 13. November. Entgegen entstellten Berichten der Tagespresse über Massenvergiftungen von Geisteskranken in Nitra durch das Präparat Modiflop teilt der Primarius der Abteilung für Nerven- und Geisteskranken bei dem Landeskrankenhaus in Nitra folgende Tatsachen mit: „Infolge Verwechslung der Biquetten auf Arzneifläschen in der Apotheke erhielten zwei Kranke statt Natrium-Luminal zwei Prozent Morphium. In einem dritten Falle erhielt ein Kranker auch noch eine Injektion, die zur Hälfte Morphium, zur Hälfte Natrium-Luminal enthielt. Keine dieser Arzneien erfolgte jedoch in letaler Dosis. Die Todesursache bei dieser dritten Person war die Krankheit als solche, und der Verdacht einer Vergiftung kam nur dadurch auf, daß diese Person gleichzeitig mit den zwei Vergifteten starb. Die zwei Kranken erhielten je 0.1 Gramm Morphium statt Luminal. Es entspricht nicht der Wahrheit, daß zehn weitere Kranke mit dem Tode ringen und daß die Kranken eine Modiflop-Injektion erhielten, da ein solches Präparat auf der Abteilung niemals verwendet wurde. Die Injektion gab der Sekundärarzt der Abteilung. Alle anderen Meldungen müssen als unwahr angesehen werden.“

Ein Vater tötet seine fünf Kinder mit dem Rasiermesser.

Sinz, 13. November. (M.) Im Ritterbrunn-Wald, Gemeinde Bernhardsdorf, ereignete sich am 11. d. M. vormittag eine gräßliche Missetat. Der 33-jährige Kleinbauer Josef Scheibelhofer tötete in Abwesenheit seiner Frau seine fünf Kinder im Alter von neun Wochen bis sieben Jahren, indem er ihnen mit einem Rasiermesser die Kehlen durchschnitt. Daraus erliefte er sich selbst auf die gleiche Weise. Die Tat dürfte von Scheibelhofer in einem Anfall von Trübfinn begangen worden sein.

Die Hitler-Dantnote.

Ein Schwerindustrieller von Düsseldorf, der mit nationalsozialistischen Führern an einer gemeinsamen Tafel teilnahm, verlor einen Schein, der neben dem Dakenkreuz die folgende Aufschrift zeigt: „Urkunde. In Deutschlands tiefster Not gab der Inhaber dieser Urkunde für den Kampf um Deutschlands Ehre und Freiheit den Betrag von 100 Mark. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Kreis Düsseldorf, Winter 1931/32.“ Hitler drückt also eigene Hundertmark-Scheine, die ihm von den Schwerindustriellen gegen bares Geld abgenommen werden. Die Tatsache, daß die Hitlerpartei Subventionen von der Schwerindustrie bezieht, ist damit ganz einwandfrei festgestellt. Es ist selbstverständlich, daß die Herren Schwerindustriellen den Versuch unternehmen werden, ihre Hitler-Hundertmarkscheine sich vom Staat und der Arbeiterschaft bezahlet zu lassen!

Der Regimentsmarsch der ehemaligen 92er.

In Grafenstein in Nordböhmen dirigierte bei einem öffentlichen Konzert der Kapellmeister Rudolf Arnold aus Grottau eine zwanzig Mann starke Kapelle vor einer Zuhörerschaft von 1500 Personen. Den Schluß des Konzertes bildete der Vortrag des Marsches des ehemaligen Infanterieregiments Nr. 92, in welchem (als Nebenmotiv) einige wenige Takte des ehemaligen österreichischen Kaiserlebens vorkamen. Das hörte ein tschechischer Gendarmwachmeister namens Cermal, der die Anzeige gegen den Kapellmeister Arnold erstattete, worauf gegen Arnold von der Reichsregierung Staatsanwaltschaft die Anzeige wegen Vergehens nach dem Schutzgesetz erstattet wurde, da er, wie es in der Anlagenschrift heißt, „durch den Vortrag der österreichischen Volkshymne öffentlich gegen den Staat wegen seiner Entstehung, gegen seine Selbstständigkeit und verfassungsgemäße Einheitlichkeit aufgewiegelt“ habe.

Bei der ersten Hauptverhandlung verantwortete sich der Angeklagte damit, daß ihm nicht bekannt gewesen sei, daß der Wer-Marsch verboten wäre, er verteidigte aber auch darauf, daß die vortz Takte aus der Melodie der österreichischen Kaiserhymne nur als Nebenmelodie eingeschoben sind und daß hierfür niemand an der Weitergabe des Marsches Anstoß genommen habe. Die Verhandlung wurde nach Einholung von Gutachten darüber vertagt, ob der Marsch mit einem Aufhebungsverbot für die Tschechoslowakei belegt ist, nachdem im Gerichtsfall auf einem Grammatikon die beachtete Melodie zum Vortrag gebracht worden war. Bei der jetzt nunmehr durchgeführten Hauptverhandlung lag dem Gericht ein Bescheid des Polizeipräsidenten Reichensberg vor, aus welchem hervorgeht, daß ein Verbot des Wer-Marsches wohl nicht besteht, daß es aber schon hergekommen sei, daß man gegen Personen, die diesen Marsch gebietet haben, eingekerkert sei. Eine ähnliche Antwort hatte auch das Bundesamt in Prag erteilt, so daß das Gericht mit einem freisprechenden Ur-

Gegen die Entlassungen und das Aussehen von Arbeitern und Bediensteten bei den Eisenbahnen.

Freitag, den 13. November l. J. sprachen die Vertreter der im Zentralvertrauensmänner-Ausschuss Sitz und Stimme habenden Eisenbahner-Organisationen und zwar die Abgeordneten Grünzner, Brodecky und Procházka ferner Senator Kovál, der auch den Senator Kadrátil vertrat und Sekretär Cech beim Eisenbahnminister Nlsoch vor und erhoben vor allem Einspruch gegen die beabsichtigten Entlassungen. Sie stellten an den Minister das Ersuchen, daß die beabsichtigte Entlassung von Arbeitern aus dem Eisenbahndienst nicht augenblicklich durchgeführt wird und den Vertragsarbeitern die Weihnachtsentlohnung für das Jahr 1931 mit denselben Beträgen wie im vergangenen Jahre gesichert werden möge. In der Debatte, an welcher sich außer dem Minister und dem Sektionschef Ruc alle Deputationsmitglieder beteiligten, wurde die unerfreuliche finanzielle Situation des Eisenbahnunternehmens erörtert, gegen die Vergebung von Eisenbahnarbeiten an Privatunternehmer bei gleichzeitiger Entlassung der eigenen Arbeiter protestiert, die Frage des Bedürfnisses der Eisenbahnen am Fonds für die produktive

Arbeitslosenfürsorge zu partizipieren, behandelt. Der Minister zeigte hierbei die Bereitwilligkeit der Erhaltung der Arbeiterschaft in der Beschäftigung und erklärte, alles zu unternehmen, was ihm möglich ist und wünschte, daß er hierbei von den interessierten Parteien in der Regierung unterstützt wird. Falls ein Ausweg nicht gefunden werden sollte, verpflichtete sich der Minister, nach Erhalt von Berichten von den Vertretern der interessierten Organisationen alle Fälle mit der größten Rücksichtnahme auf die sozialen, wirtschaftlichen und familiären Verhältnisse sowie auch unter Berücksichtigung der Dauer der Dienstzeit prüfen und behandeln zu lassen.

Es liegt nun an den Eisenbahnarbeitern und Bediensteten sowie deren Vertrauensmännern, daß sie Ungerechtigkeiten bei Entlassungen und Aussetzungen des Personals sofort an ihre zuständigen Organisationen berichten.

In Sachen der Weihnachtbelohnung für die Vertragsarbeiter und Bediensteten nahm der Minister die Forderung der Organisationsvertreter, daß dieser Bediensteten-Kategorie die Belohnung wieder in der vorjährigen Höhe zuerkannt werden möge, zur Kenntnis.

seiner Einlieferung ins Krummauer Krankenhaus starb. Die übrigen zwei Personen erlitten leichtere Verletzungen. Der am Auto angehängte Schaden beträgt 20.000 K.

Begnadigt. Die vom Schwurgerichte Bilsen am 19. November 1930 wegen Vatermords zum Tode durch den Strang verurteilte Marie Kaderovska aus Laus wurde zu lebenslänglichem Kerker mit vierjährig einer Faße und Dunkelhaft am Jahrestag der Tat begnadigt.

Vier Todesopfer eines Flugzeug-Unfalls. Aus Kapstadt wird gemeldet: In der Gegend bei Kruksort stürzte ein Postflugzeug ab, wobei vier Personen den Tod fanden.

Rekordflug. Der Inhaber des Rekordes für den Flug Australien-England, Millison, ist gestern früh kurz nach drei Uhr von Lompne abgeflogen, um den Rekord England-Kapstadt zu brechen.

Todesurteil in Bilsen. Vorgestern und gestern hatten sich vor dem Bilsener Schwurgericht der 30-jährige Landwirt Johann Profesch aus Neudorf bei Dobruja und sein 19-jähriger Knecht Franz Kovál wegen des Mordes an der Ausgedingerten Margarete Grundl zu verantworten. Profesch führte die Wirtschaft, welche ihm die Grundl als ihrem Neffen abgetreten hatte, nachdem er die auf der Eigenschaft haftenden Verpflichtungen und finanziellen Verbindlichkeiten gegenüber der Grundl übernommen hatte. Diese Verpflichtungen waren für Profesch ein unangenehmes Hindernis. Er rief deshalb Streitigkeiten mit der Ausgedingerten hervor und entschloß sich schließlich, sich der Frau durch einen Mord zu entledigen. Für seinen Plan gewann er seinen Knecht Franz Kovál, der geistig minderwertig ist und den er unter dem Versprechen einer Geldentlohnung zur Ausführung des Mordes veranlagte. Kovál führte die Tat am 15. März d. J. aus, indem er die Frau in ihrer Stube mit einem Eisentopf, mit einem Messer und einer Eisenstange tötete. Die Geschworenen bejahten die Hauptfrage, die bei Kovál, auf Nord lautete, mit 12 Stimmen, bei Profesch die Frage, ob er den Kovál zum Mord gezeugt habe, ebenfalls mit 12 Stimmen. Infolge dieses Verdichtes wurde Kovál zu acht Jahren schweren Kerkers verurteilt durch vierjähriges Faßen und Dunkelzelle am 15. März jedes Jahre, Profesch zum Tode durch den Strang verurteilt.

Antisemitische Unruhen in Polen. Die Bewegung für die Einführung des Numerus clausus hat sich seit auf alle polnischen Hochschulen ausgebreitet. Gekern drangen auch in Krakau polnische Studenten in die Hörsäle, um die jüdischen Hörer zu entfernen. Die Universität ist geschlossen worden. Gegenwärtig hatten nur noch zwei polnische Universitäten, Polen und die katholische Universität in Lublin ihre Tore offen. In Warschau sind gestern, wie der jüdische „Nasz Przegląd“ schreibt, an verschiedenen Punkten der Stadt Juden verprügelt worden. Die Angreifer sollen zum Teil Studenten gewesen sein. In einer kleinen Stadt nahe bei Warschau kam es gestern abends zu ersten antisemitischen Unruhen. Die Volksmenge drang in eine jüdische Bibliothek ein und warf die Bücher auf die Straße. Die Schaufenster mehrerer jüdischer Geschäfte wurden einmaworfen.

Siebenfacher Giftmörder. In Logo (Nigeria, Afrika) wurde ein Student unter siebenfacher Verurteilung verhaftet. Der Student ist dringend verdächtig, seine Familienangehörigen durch Gift, das er ihnen ins Essen gemischt haben soll, ums Leben gebracht zu haben.

Katastrophe eines Privatflugzeugs. Auf dem Münchener Flugplatz Goyenfeld stürzte am Donnerstag abend um 70 Meter Höhe ein Privatflugmaschine ab. Beide Insassen, der Sohn des Tabakindustriellen Kaulins und ein Student aus Düsseldorf, wurden getötet. Die Maschine wurde vollständig zerstört.

Heimkehr der Polarforscher. Der Dampfer „Hans Egede“ ist gestern vormittags aus Grönland kommend, in Kopenhagen eingetroffen. An Bord des Dampfers befinden sich die Mitglieder der deutschen Wegener-Expedition und der englischen Watkins-Gruppe, die in den Polarregionen Forschungen durchgeführt haben. Der dänische Staatsminister Stauning dankte in seiner Begrüßungsrede den Expeditionsteilnehmern für das große Ergebnis ihrer für Dänemark so wichtigen Forschungsarbeiten und sprach sein tiefes Bedauern über das Schicksal des Prof. Dr. Alfred Wegener aus. Nachdem der Minister noch der englischen Expedition seinen Dank ausgesprochen hatte, erklärte er: „Wir Dänen, die wir selbst in so hohem Grade an der Erforschung unserer großen Kolonie Grönland arbeiten, wissen die glänzende Arbeit zu schätzen, die von der deutschen und englischen Expedition geleistet wurde. Wir bitten Sie, unsere Glückwünsche zu den Resultaten entgegenzunehmen. Die Sie erzielt haben.“ Der ehemalige preussische Kultusminister Dr. Schmidt, der ergriff darauf das Wort. Auch er brachte seine Anteilnahme an dem Tode Professor Alfred Wegeners, der von seinem Bruder im ewigen Eis begraben wurde, zum Ausdruck, und begrüßte die Zurückkehrenden im Namen der Reichsregierung. Er dankte Dr. Curt Wegener, daß er nach dem tragischen Tode seines Bruders die Expedition zu Ende führte und brachte den dänischen Behörden den warmen Dank der Reichsregierung für die Unterstützung dar.

Tod bei der Arbeit. Bei einem Geschäft unweit von Böhmen-Budweis wurde in einem Mühlgraben die Leiche eines Mannes gefunden. Die Nachforschungen ergaben, daß es sich um den Arbeiter Ouderkla aus Bierhöfen handelt, der bei Regulierungsarbeiten beschäftigt war. Ouderkla ist wahrscheinlich während der Arbeit von Unwohlsein befallen worden und in den Wassergraben gestürzt. Der Tod ist durch Ersticken eingetreten.

Postauto-Katastrophe. Auf der Staatsstraße bei Kaplich in Südböhmen rannte ein Postauto so heftig gegen einen Baum, daß drei Insassen auf die Straße geschleudert wurden. Der 34-jährige Arbeiter Josef Schaller aus Kaplich wurde so schwer verletzt, daß er bald nach

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Sonntag.
Prag: 12.05: Blasmusik, 13.05: Schallplatten, 17.45: Eindrücke aus Amerika, 18: Deutsche Sendung: Arthur Schnitzler-Gedenkfeier, 20.20: Unterhaltungskonzert. — Brünn: 10: Sinfoniekonzert, 16: Musik vor 80 Jahren, 18: Deutsche Sendung: Tomajchel-Quartett. — Pilsen: 14.30: Sinfoniekonzert, 20: 1001 Nacht, Operette von Stein. — Breslau: 15: Harfenkonzert. — Hamburg: 14: Bekannte Sänger. — Königsberg: 15.45: Moderne Kompositionen. — Leipzig: 10.10: Kammermusik, 17: Chorlied. — München: 17.30: Musik. Kulturbild, 18.30: Violinkonzert. — Wien: 11.05: Sinfoniekonzert.

Prag, Sonntag, den 15. November, 18: Deutsche Sendung: Arthur Schnitzler-Gedenkfeier. Einleitung (John-Quartett). Einleitung zu „Anatol“. Von Boris (Franz Bäumer). „Anatol Hochzeitsmorgen“ Anatol — Franz Bäumer. Mox — Kurt Weichert. Mona — Trude Strenitz. Franz. Diener. In der Pause deutsche Pressenachrichten.

Prohibitions-Bilanz in U.S.A.

Die gesetzgebenden Instanzen der Vereinigten Staaten haben eine Kommission zur Prüfung der Durchführung des Alkoholverbotes in den Vereinigten Staaten eingesetzt. Diese Kommission wird vom Senat durch einen abschließenden Bericht vorgelegt, in dem sie zunächst darauf hinweist, in wie aufsehenerregender Weise das Personal der Überwachungsorgane im Laufe der Jahre gemindert hat. In den letzten 10 Jahren reichten allein etwa 12.000 Beamte ihre Demission ein, während 1600 wegen nicht zufriedenstellender Leistungen entlassen werden mußten. Die Zusammenarbeit und der Ernst der Überwachung ließen unter den verchiedenen Zweigen der Bundesverwaltung und der Bundesstaaten sehr viel zu wünschen übrig. Die Kommission ist der Ansicht, daß trotz der Abnahme der Todesfälle infolge von Alkoholisierung doch feststeht, daß vor allem im Laufe der letzten Jahre der Alkoholverbrauch wieder stetig zunahm. Ueber die kanadische Grenze und von den Bahamas und Bermuda-Inseln werden gewaltige Mengen von Alkohol nach den Vereinigten Staaten eingeführt. Die Schmuggler verfügen über eine ausgezeichnete Organisation, machen sich die modernsten Einrichtungen der Wissenschaft zunutze, besitzen eigene Funkstationen, große Schnellboote und armierte Schiffe. Ihre Gewinne beim Schmuggel sind so groß, daß es ihnen völlig genügt, wenn von 5 Schiffsladungen nur eine wirklich in die Hände der Kunden kommt. Erst in letzter Zeit, seit Kanada die Ausfuhr von Alkohol nach den Vereinigten Staaten verbietet und selber die Durchführung des Verbotes überwacht, ist eine gewisse Besserung festzustellen.

Neben diesem direkten Schmuggel gelangt auch noch auf anderen Wegen Alkohol in ziemlich erheblichem Umfange in den Handel. Der für gewerbliche Zwecke bestimmte Alkohol wird in großen Mengen zu Trinkzwecken verwendet, und es ist außerordentlich schwierig, dies zu verhindern. Außerdem ist auch überall im Lande eine heimliche Alkoholverteilung organisiert und obwohl diese ständig bekämpft wird und fast täglich geheime Brennereien aufgehoben werden, nimmt doch die Produktion dieser geheimen Brennereien nicht ab, was schon aus der Tatsache hervorgeht, daß dieser in geheimen Brennereien hergestellte Alkohol zu verhältnismäßig niedrigen Preisen abgesetzt wird. Auch bei der Bierherstellung haben sich vielfach Alkoholversteine gebildet. Die Bierbrauereien stellen zunächst alkoholhaltiges Bier her und diesem Bier wird dann der Alkoholgehalt entzogen. In sehr vielen Brauereien „verraicht“ man dann gelegentlich diesen weissen Prozeß der Alkoholisierung, so daß auch hier eine lokale Kontrolle notwendig geworden ist.

Wah die Kerzle, die bekanntlich das Koch haben, Alkohol in gewissen Mengen für Kranke zu verwenden, sind häufig genau bei Wiskbränden erstatet worden. Allerdings ist die Kommission der Ansicht, daß man hier vielfach zu rigoros vorgegangen ist und daß es zweckmäßiger sei, den berechtigten Wärschen der Kerzle mehr zu entsprechen und sie so zur Mitarbeit heranzuziehen.

Der illegale Verkauf von Alkohol ist in großartigster Weise in den ganzen Vereinigten Staaten organisiert. Die Hinzuerkennung sind nicht selten reiche und angesehenen Staatsbürger, die einen wichtigen Einfluß auf Polizei und Verwaltung, ja auf die Gesetzgebung besitzen. Es ist in den meisten Fällen außerordentlich schwierig, die wirklichen Führer einer Verkaufsorganisation zu entdecken, da sie über gewaltige Mittel verfügen und ganze Bedrohungsbanden in ihren Dienst gestellt haben. Die Kommission selber muß feststellen, daß die Korruption bis in die öffentlichen Dienststellen vordringen ist, ja selbst bis in die Justiz. Man ist jedoch der Ansicht, daß der zum Teil auf die vertriebenen Weibchen der ersten Jahre zurückzuführen war, in denen die Überwachungsbeamten viel zu rigoros und unbedenkenlich vorgegangen, so daß häufig genug Leute ohne genügende Beweise verhaftet wurden und von den Gerichten wieder freigelassen werden mußten. Die Kommission ist der Ansicht, daß die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Alkoholverbotes günstig waren. Die Kommission schlägt infolgedessen ihren Bericht mit dem Rat, die bisherige Gesetzgebung mit einigen kleinen Änderungen beizubehalten und das für die Durchführung des Verbotes vorhandene Personal zu vermehren. Dr. Bernhard Herz.

Das Begräbnis Emil Guntels.

Donnerstag nachmittags nahmen die Glasarbeiter und Vertreter aller sozialdemokratischen Organisationen des Bezirkes Teplich-Schönan Abschied von Emil Guntel. In der Aufbahrungshalle des Teplicher Friedhofes hatten sich die Mitglieder des Vorstandes der Glas- und Keramikarbeiter, die Vertreter der Zentralgewerkschaftskommission, des Parteivorstandes, des Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren, der Stadtgemeinde Teplich-Schönan und alle Verwandten und Freunde des Verstorbenen eingefunden. Rote Wehr-Männer hielten die Ehrenwache. Nach einem Lied der Arbeiterlänger setzte sich der Zug, in welchem viele hunderte Glasarbeiter und Mitglieder von Organisationen und Vereinen gingen, in Bewegung. Am Grabe nahmen für den Verband der Glas- und Keramikarbeiter Genosse Neumann, für die Gemeindefraktion Genosse Kuff, die Glasarbeiterinternationale Genosse Girbig-Berlin und für die übrigen Organisationen Genosse Seidl Abschied. Ein Lied der Arbeiterlänger schloß die Trauerfeier.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

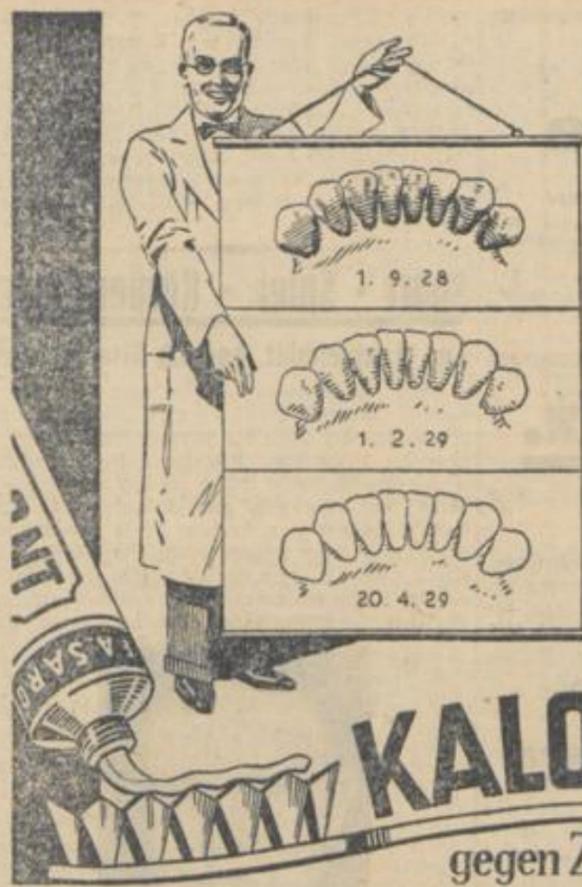
Die Notwendigkeit einer Organisation der Hopfenpflücker

Alljährlich fahren in das Saager Hopfengebiet viele Tausende Personen, um den im Monat August reifenden Saager Hopfen zu pflücken. Die Arbeitsbedingungen der Hopfenpflücker sind die denkbar schlechtesten, berücksichtigt man die anderen Arbeitskategorien, und wenn es sich auch um eine sogenannte Saison-Arbeit handelt, so es doch eine gewaltige Arbeitsleistung, welche diese Proletarier für einen ganz geringen Hungerlohn leisten.

Ich habe bereits im Vorjahre in einem Artikel der „Freiheit“ aus dem September 1930 auf die schlechten Arbeitsverhältnisse hingewiesen und darauf, wie enorm niedrig es ist, den Ausbeuteertrag der Saager Hopfenproduzenten ein Ende zu machen. Im Saager Hopfenproduzenten ein Ende zu machen. Im Saager Hopfenproduzenten ein Ende zu machen. Im Saager Hopfenproduzenten ein Ende zu machen.

Ich will nicht aufhören lassen, daß seit einigen Jahren auf dem Hopfenmarkt eine Krise herrscht, welche die Produzenten des Hopfens nötig, den Hopfen um ein viel geringeres Gehalt herzugeben, als in Jahren, da auf den Weltmärkten der Hopfen aus Saag sehr gute Preise ergab. Aber dessen ungeachtet ist es notwendig, hierin seitens der Regierung Maßnahmen zu schaffen, um dem Hopfen gleich den anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen hinsichtlich der Preise einen festen Standard zu erzielen. — Der Hopfen ist leider ein Spekulationsobjekt einiger Hopfenhändler geworden, die den guten im Auslande beschreiben und dem Saager Lande reichen Gewinn einbringenden Hopfen zu Schleuderpreisen den verarmten Hopfenbauern abkaufen und daran ein schönes Geld verdienen. — Die ganz minimalen Hopfenpreise hatten natürlich die ersten Hopfenpflückerlöhne zur Folge, ferner ist auch der Umstand eingetreten, daß ein großer Teil des Hopfens wegen Mangel an ordentlichen und geschicklichen Pflücker, die eben wegen der zu geringen Löhne ausbleiben, rot wurde. Ganze Strecken in der Umgebung des Trnovaner und Mladeteplicher Hopfengebietes wurden rot, einfach deshalb, weil mancher Hopfenbauer keine Kaschüt hatte, seinen Hopfen abzuheben und auch nicht genügend Pflücker zur Hand waren, um den Hopfen hereinzubringen. — Das ist gleichbedeutend mit dem Vorzeichen mancher amerikanischen Getreide- und Baumwollproduzenten, die, um angeblich die Preise zu schützen, ungeheure Mengen Getreide und Baumwolle einfach verbrannten und so dem Weltkonsum entzogen.

Es wäre eben Sache der Regierungspolitik, den böhmischen Hopfenpreis zumindest dem der anderen Hopfenmärkte, wie des deutschen oder östlicher Hopfen anzuheben, nur ein für den Staat wichtiges Erzeugungsgebiet zu erhalten. Unbedingt aber wäre für die Hopfenpflücker eine Organisation zu schaffen,



KALODONT

gegen Zahnstein

Keine 8 Monate...

In dieser kurzen Frist wurde ein Fall mit schwerer Zahnsteinbildung nur durch regelmäßigen Kalodont-Gebrauch gänzlich davon befreit. Nur Kalodont enthält den wirksamen Zusatz gegen Zahnstein (Sulforizinoleat nach Dr. Bräunlich). So kann sich jetzt jeder blanke und gesunde Zähne erhalten.

um die armen Leute vor einer noch rabiaten Ausbeutung als bisher zu schützen. J. B.

Prager Produktentbörse. (Off. Bericht vom 13. November.) Die heutige Produktentbörse war sehr schwach besucht, so daß sich auch das Geschäft nicht ausbreiten vermochte. In Uebereinstimmung mit dem Auslande zeigte die Tendenz des Getreidemarktes eine flauere Haltung. Aus diesem Grunde nahmen die Mühlen keinerlei Käufe vor, aber auch auf der anderen Seite hielten die Verkäufer mit Angeboten zurück in der Ueberzeugung, daß die Abschwächung nur vorübergehender Natur ist. Bei ungenügendem Geschäft blieben die Getreidepreise unverändert. (Berichtigung zum Dienstag: rumänischer Banat-Weizen 79—80 Ag. 190—191.) Nur die Notierung für böhm. Hafer wurde um einen Punkt herabgesetzt auf 114—116, auch Mais verbilligte sich um 1 K und es notierte Unterer Donaumais getrocknet 1931 66—67, rumänischer Kleinförig gemischt 61 bis 62, La Plata Futtermais 68—69. Von den übrigen Veränderungen sind noch zu erwähnen: böhm. Rummel 420—443, holl. Rummel 420—430, Peinkuchen 127—129, getrocknete Schnitzel 40—41, amerikanisches Feit verbilligte sich auf 930—940, frische polnische Eier (1440 Stück) Dollar 23—24,50. Die übrigen Gattungen blieben unverändert.

Vom St. Bürokratius.

Ortskrankenkasse.

Ich wohne in einem Städtchen im tiefsten Innern Niederschlesiens. Die Invalidentarife unserer Hausangehörigen war mit lauter bunten Marken vollgeleert —, ich schickte sie an die Ortskrankenkasse, um eine neue zu bekommen. Keine Antwort. Mein höfliches Erinnerungsschreiben schickte mir die Ortskrankenkasse zurück mit dem Bemerkten, „daß die Karte ausgefertigt und seit langer Zeit zur Abholung bereitliegt, daß aber die Ueberleitung nur erfolgen kann, wenn Porto beigefügt ist“. Diesen Antwortbrief schickte mir die Kasse durch ihren Boten in die Wohnung, — die neue Karte lag diesem Briefe aber nicht bei.

Der Ausschreiber.

Auf eine Reklamation hin kamen heute zwei Männer vom Gaswerk, um die Flammen am Gas-

locher zu regulieren. Da nur einer arbeitete, fragte ich ihn, wozu denn der andere mitgenommen sei.

„Er muß halt aufschreiben, wie lange ich zu jeder Arbeit brauche.“

Er weiß sich zu helfen.

Bei der alten Kölner Polizei gab es noch gemütliche kölnische Originale. So leistete einer sich folgendes Stückchen: Der Polizist traf einen Herrn am Rhein an, der dort angelte, ohne eine Fischkarte gelöst zu haben, und protokollierte ihn. Der Herr, ein Fremder, dachte sich, weitere Scherereien zu ersparen, wenn er das Protokoll, welches auf fünf Mark lautete, sofort bezahlte. Er reichte dem Polizisten daher ein Zehnmarkstück und bat ihn, das Protokoll gleich anzunehmen. Verlegen fragte sich der Polizist hinter den Ohren und sagte, er könne nicht wechseln. — „Wissen Sie was“, sagte er dann, während er wie ein Leuchten über sein rosiges Vollmondf Gesicht ging, „wollt Ihr mit och noch habe? Tot es nämlich och verbode un loß och fünf Mark; dann si mer grad quitt.“

Gerichtssaal

Sowjet-Spionage?

Zweistägige Geheimverhandlung vor dem hiesigen Kreisgericht.

Prag, 12. November. Heute begann ein für zwei Tage berechneter Prozeß, der sich um eine angeblich sehr umfangreiche Spionageaktion zwischen Sowjetrußlands dreht und deren Schauplatz die Brüanner Waffenwerke (Zbrojovka) gewesen sein sollen. Natürlich ist die Öffentlichkeit ausgeschlossen und auch die spärlichen Informationen, die zu erhalten sind, können mit Rücksicht auf das heikle und konstante Thema nur unter Beobachtung geheimer Zurückhaltung in den wichtigsten Punkten wiedergegeben werden.

Angeklagt sind vier Personen: Der Schriftsteller Josef Soudek, geboren in Wien, der von Dr. Friedrich Billi verteidigt wird, und die tschechischen Beamten Josef Selinck, Jaroslav Prusa und Jaroslav Stibor, alle in Brünn wohnhaft, die vom Jahre 1925 bis zum März 1931 verschiedene geheimzuhaltende Dinge an den militärischen Nachrichtendienst der Sowjets verraten haben sollen.

Die von Staatsanwalt Dr. Cajladsky vertretene Anklage stützt sich auf den § 2 des Schutzgesetzes, der u. a. Verbindungen mit fremden Mächten, die einen Anschlag gegen den Staat bedeuten, mit schwerer Kerkerstrafe von einem bis fünf Jahren, bei besonders qualifizierten Fällen sogar von fünf bis zehn Jahren bedroht. Vorstehender des Senates ist ODr. Trost und natürlich ist ein äußerst umfangreiches Beweismaterial von Zeugen- und Sachverständigenausagen aufgebaut worden, wobei die militärischen Fachleute eine Hauptrolle spielen. Da Publikum und Presse ausgeschlossen sind, spielt sich der Prozeß in einem kleinen Verhandlungsaal ab. Die Angeklagten erklären dem Vernehmen nach, daß von einer militärisch-politischen Spionage keine Rede sein könne, es handle sich um rein wirtschaftlich-technische Dinge, also etwa das, was man mit dem Ausdruck „Industriespionage“ bezeichnet, die als rein produktions-technische Angelegenheit kein Verstoß nach dem heutigen Strafrechtssystem darstellt. Demgegenüber sollen Sachverständige in der ganzen Aktion den typischen Charakter der Sowjetspionage im normalen Sinne des Wortes festgestellt haben. Der erste Verhandlungstag fand erst in den Nachmittagsstunden seinen Abschluß. rb.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Rezept des Augenarztes

ann nur dann seinen Zweck erfüllen, wenn das Augenglas schmächtig angepaßt wird. Lassen Sie Ihr Rezept bei Optiker Deutsch, Prag, Graben 2, Palais „Koruna“ ausführen.

Immer weiße Zähne hat man beim ständigen Gebrauch von Chlorodont-Zahnpasta (Tabe K 4—) unter gleichzeitiger Benutzung der praktischen Chlorodont-Zahnbürste (Spezialqualität). Versuch überzeugt.

Was ist Edelstrom? Edelstrom wird in der Sprache der jüngsten Elektrotechniker der Gleichstrom genannt. Mit voller Berechtigung führt diesen Namen nur ein vollkommen wellenfreier Gleichstrom, wie ihn lediglich eine galvanische Batterie oder eine Thermosäule liefern kann. Da eine Thermosäule für Anodenleistung nicht in Betracht kommt, verwendet der anspruchsvolle Rundfunkhörer nur eine aus Serien-Anoden-Batterien Radio Palada zusammengestellte Anoden-Batterie. 1343

Sie wissen genau, Unbügliche, wo Sie am vorteilhaftesten kaufen. Deshalb gehen Sie zu Bush (Prifop 27—Mitte des Grabens). Lassen Sie sich aber nicht durch die marxistischeren Plakate der Konkurrenz innen im Durchhaus täuschen! Unsere Verkaufsräume befinden sich nach wie vor ausschließlich im 1. Stock und auch der Eingang ist nur oben in der 1. Etage! Bush, Damen- und Mädchen-Kleidung ein Gros und ein Detail, Prag, Prifop 27 (Mitte des Grabens), Eingang nur im 1. Stock, keine Schaufenster. Soeben großer Saison-Abverkauf! 1336

Das Beispiel des Prinzen of Wales. Der Prinz von Wales gewinnt, wo immer er hinkommt, im Sturm die Herzen der Menschen. Man geht nicht fehl, wenn man dies auf seine große Anpassungsfähigkeit zurückführt. Sie ist es auch, die seine beherrschende Stellung in Angelegenheiten der „äußeren Kultur“ verständlich erscheinen läßt. Er weiß sich nicht nur Menschen, sondern auch den Dingen anzupassen und ahnt ihre Gestaltung voraus. So wird er beispielgebend. Seinem Beispiel ist es nun auch zu danken, daß heute in weiten Kreisen Englands bei Abendgesellschaften, beim Bridge, im trauten Beisammensein der Familien an Stelle der elektrischen Glühbirne das milde Leuchten der lebendigen Kerzenflamme getreten ist. Das Licht der Stearinkerze isoliert, schaltet den Alltag, die nervenerrüttende Unruhe aus und läßt, auf Stunden wenigstens, wieder die behagliche Stimmung schöner Zeiten erleben. Auch bei uns gewinnt dieser schöne Brauch immer mehr Herzen, insbesondere der Frauen. Er entspricht ihrem Verlangen nach Trautheit, schafft gemütliche Stimmung und läßt sie noch schöner erscheinen als sie sind. 1333

Rodin.

Zum Geburtstag des Bildhauers am 14. November.

Einer jener unvermeidlichen Kunst-„Liebhaber“ hat Rodin eines Tages allen Ernstes gefragt, warum er seine Arbeiten vor dem „letzten Stadium“ abbreche? Er hat mit dieser Frage, die ihn selbst lächerlich machte, zugleich das innerste Geheimnis der Wirkung von Rodins Bildwerken getroffen.

Es ist wahr, es gibt viele berühmte Bildwerke Rodins, die die Spuren seiner Werkzeuge tragen, die Bohrlöcher der Meißel und die hartsten Rauten des abgeglätteten Meißels. Aber das macht sie erst groß, daß sie ihr Schöpfer aus dem Stein, aus der formlosen Materie herauszuschäuf, daß die Figur um so fertiger und ausgereifter erschien, je mehr sie noch oben wuchs, daß schließlich das fertige Werk zugleich ein Symbol der Schöpfung überhaupt blieb, des Werdens vom Chaos zur vollendeten Form.

Diese Werke, die alle vor dem „letzten Stadium“ stehen, spiegeln zugleich getreu ihren Schöpfer wieder. Auch Rodin selbst war zeitweilig ein Mensch vor dem „letzten Stadium“. Eindringlich hat ihn France gelehrt, dem es nach langer Liebesmühe gelang, ihn in die Villa nach Louvre zu locken. Er sah aus wie ein Fabrikarbeiter, hart, knorrig, hatte große ungeschickte Hände und seltsam scharfe Augen. Dieser Mensch

lebte ganz und gar in seiner Kunst und hatte für sonst nichts auf der Welt auch nur das leiseste Interesse. Nur wenn er ein schönes Bildwerk sah — France befahl herrliche griechische und römische Statuetten — vibrierte jeder Nerv in ihm. Dann war er plötzlich in seiner Welt. Denn dieser seltsame Mensch dachte jagtrogen mit seinen Händen. Wenn ihn ein Bildwerk begeisterte, dann wollte er es nicht nur sehen, sondern auch mit seinen Händen befühlen und leblos und das war dann allemal ein ergreifender Anblick.

Wenn man heute in Paris in das Rodin-Museum geht, dann glaubt man in einer Werkstatt zu stehen, die der Meister nur eben für einen Moment verlassen hat. Man meint, daß er jeden Augenblick zur Türe eintreten könnte. Auch hier die Täuschung durch das „letzte Stadium“. Die letzte Hand fehlt, die der Meister nie anzulegen pflegte, weil ihn eben das vom Handwerker unterschied. Nicht, daß Rodin das Handwerksmäßige an und für sich verachtete hätte. Niemals wäre Rodin geworden, der er war, wenn er nicht die solideste handwerkliche Unterlage gehabt hätte. Aber es war ihm nur Mittel. Als Paris seine Balzac-Statue aufpfliff, ergrühterte ihn das nicht im mindesten.

Der Mensch Rodin hat oft nicht dem Künstler die Woge gehalten. Wie könnte das auch anders sein. Man kann vielleicht gar nicht ein vollkommener Mensch und Rodin zugleich sein. Der Berichterstatter eines großen Londoner Blat-

tes hat vor einiger Zeit den fast verschollenen Sohn Rodins als Arbeiter in einer Pulverfabrik bei Meudon aufgespürt. „Mein Vater liebte nicht nicht“, erzählte er. „In Wahrheit liebte er überhaupt kein menschliches Wesen. Seine Kunst war ihm alles und ihr diente er mit einer Leidenschaft, die schließlich zum Fanatismus auswärtete. Meine Mutter galt ihm eher als Hausdienerin, ich möchte sagen, als Wächterin, denn als Frau. Sie wachte streng darüber, daß sich niemand dem Atelier näherte, wo mein Vater arbeitete. Manchmal sah ich auch meinen Vater wochenlang überhaupt nicht. Er blieb Tag und Nacht im Atelier, nahm dort die Mahlzeiten, die ihm meine Mutter servierte, und schlief im Arbeitsraum. Mein Großvater liebte mich wohl, konnte mir aber, da er blind war, nur von geringem Nutzen sein. Mein Vater pflegte mir alle niedrigen Hausarbeiten zur Erledigung zu überlassen. Er sprach selten ein Wort und an meine Mutter brauchte er auch kein Wort zu verschwenden. Sie schien ihm die Gedanken vom Gesicht abzulesen und kam jedem seiner Wünsche zuvor.“

Nach Beendigung meiner militärischen Dienstzeit lehrte ich nicht mehr nach Hause zurück. Ich suchte mich als Gelegenheitsarbeiter durchzubringen und ließ mich nach meiner Weiterbildung in Meudon, in unmittelbarer Nähe des Schlosses meines Vaters nieder. Eines Tages besuchte ich ihn auch. Er schien mich aber gar nicht wieder zu erkennen und erwiderte nicht ein-

mal meinen Gruß. Schon bevor ich daheim fortging, hatte sich mein Vater als Künstler durchgesetzt. Er war damals schon ein reicher Mann. Künstler, Kunsthändler und Sammler aus der ganzen Welt verkehrten in unserem Hause. Bei solchen Gelegenheiten mußten meine Mutter und ich unfröhlich bleiben.“

Rodin hatte in seinem Testamente sein ganzes Vermögen dem Staate zur Gründung und Erhaltung des Pariser Rodin-Museums hinterlassen. Seine Frau hat er erst knapp vor seinem Tode auf Zureden seiner Freunde geheiratet. Für seinen Sohn bestimmte er, daß er als Kassierer im Rodin-Museum anzustellen sei mit einem garantierten Tageverdienst von sieben Franken. Da aber kurzwege in Frankreich niemand von sieben Franken täglich leben kann, war der Sohn gezwungen, wieder in die Fabrik zu gehen.

Ob es richtig ist, an einem Gedenktag an solche kleinen Menschlichkeiten zu erinnern? Sie können freilich Rodin dem Künstler nichts anhaben. Sehr bald wird die Zeit gekommen sein, wo von Rodins Leben nichts mehr übrig sein wird. Dann werden seine Werke allein für ihn zeugen und sie werden es durch Jahrhunderte und Jahrtausende besser und sicherer tun als rein biographisches Vermög. Was hätten wir von einer noch so schönen Lebensbeschreibung des Praxiteles, wenn von seinen Werken nichts erhalten geblieben wäre? J. Tesmar.

